

LYDIA HÜSKENS: ALTERNATIVEN SIND MÖGLICH. SCHLIESSUNGSPOLITIK DER CDU/SPD-REGIERUNG HAT KEINE ZUKUNFT

19. Mai 2014

[Lydia Hüskens](#), [Politik](#),
[Schließung](#) [Schule](#)

Das Gutachten der Arbeitgeber- und

Wirtschaft und Schulschließungspolitik der CDU/SPD-Landesregierung zeigt: Alternativen zu den vielen Politikbereichen sind Gutachten im Auftrag der Landesregierung zu erstellen, um angebliche oder reale Sparzwänge zu begründen. Die Schließung zahlreicher Grundschulen gab es von Seiten der Landesregierung keine substantielle Begründung; Alternativen, die sich in anderen Bundesländern und in anderen Bundesländern bewährt haben, wurden offen gelassen. Im Landtag hat man sich damit bisher kaum auseinandergesetzt.

Mittlerweile weiß man: Schulschließungen sind ein Politikversagen von Finanz- und Kultusministerium und der Landesregierung. Gleichfalls zuständigen Ministerien für Umwelt und Verkehr. Schließt Lehrer. Und mit den Schulen fehlen zukünftig Perspektiven im Raum. Andernorts wird um Lehrer aktiv geworben, Brandenburger Schulen einstellen; Sachsen-Anhalt schließt Schulen, um nicht weiter einstellen zu müssen. In Sachsen beschließen CDU und SPD Koalitionspartner und mit Unterstützung der Opposition ein Schulschließungsmoratorium, Sachsen-Anhalt schließt Schulen in Größensortierung.

In Brandenburg wird eine Demographiekommision eingerichtet, die die Grundschullandschaft mit Politikern und Wirtschaftsexperten besetzt, Sachsen-Anhalts Landesregierung plant Wirtschaftlichkeitsprüfungen für die Schulschließungen vor. Bayern (26 Schüler/innen in zwei Klassen beschulten Klassen) und NRW (46 Schüler/innen, jahrgangsgemischte Klassen) halbieren Mindestgrößen, um kleinen Schulen Zukunft zu geben, Sachsen-Anhalt verdoppelt sie in zwei Schritten. "Es hat keine Zukunft", so Lydia Hüskens, stv. FDP-Landesvorsitzende.

Beiträge der FDP zur Schließung von Grundschulen auf einen Blick:

www.aw-sa.de/arbeitgeber-sachsen-anhalt

Kontakt:

Dr. Ingrid Schmitt, Landesvorsitzende der FDP Sachsen-Anhalt